VFG Freikirchen Schweiz
Sekretariat VFG
Hofwiesenstrasse 141
8057 Zürich
Tel. 062 832 20 18
info@freikirchen.ch
www.freikirchen.ch

Grosser Rat des Kantons Bern
Kommission für Staatspolitik
und Aussenbeziehungen
Postgasse 68
3000 Bern 8

Bern, 26. Juni 2015
PD/is

Vernehmlassung zum Verhältnis Kirche und Staat im Kanton Bern

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Damen Grossrätinnen und Herren Grossräte

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum rubrizierten Bericht des Regierungsrats Stellung nehmen zu dürfen.

Unserem Verband VFG – Freikirchen Schweiz gehören als Dachverband 15 evangelische Freikirchenverbände an mit 600 Kirchen und ca. 150'000 regelmässigen Gottesdienstbesuchern, davon ca. 35'000 im Kanton Bern.

Der VFG vertritt als Dachverband die Interessen der ihm angeschlossenen Freikirchen und nimmt deshalb auch regelmässig an Vernehmlassungsverfahren teil. Der VFG hat im Jahr 2005 eine Anfrage beim Regierungsrat für eine öffentlich-rechtliche Anerkennung seiner Mitgliedkirchen eingereicht.

Wir beschränken unsere Stellungnahme auf die vom Regierungsrat verabschiedeten Leitsätze:

Leitsatz 1:

Wir begrüssen die vorgesehene Entflechtung zwischen Kirche und Staat, ohne die landeskirchliche Struktur im Kanton Bern grundsätzlich in Frage zu stellen.

Leitsätze 2-4:

Wir halten die geplante Anstellung der Geistlichen bei den Landeskirchen als sinnvoll.

Leitsätze 5-6:

Wir verzichten auf eine Äusserung zu den Leitsätzen 5 und 6, da es sich dabei vor allem um eine Angelegenheit der evangelisch-reformierten Kirche handelt.

Leitsatz 7:

Anstelle der positiven Zweckbindung der Kirchensteuer für juristische Personen halten wir eine Lösung nach dem italienischen Modell für prüfenswert, welches den juristischen Personen ermöglichen würde, zu bestimmen, welche berechtigte Institution ihre Steuer erhalten soll.

Leitsatz 8:

Wir bedauern, dass der 1993 in die Verfassung aufgenommene Auftrag von Art. 126 Abs. 2, ein Anerkennungsgesetz auszuarbeiten, weiterhin unerledigt bleiben soll.

Wir sind der Auffassung, dass Zuwarten in diesen Fragen die gesellschaftlichen Probleme, die im Zusammenhang mit Religion in den letzten Jahren zu Tage getreten sind, eher verschärfen wird.

Es besteht nach unserer Auffassung ein gesellschaftliches Bedürfnis, den Religionsgemeinschaften, die sich demokratisch und transparent organisieren, eine staatliche Plattform für eine kleine Anerkennung zu bieten. Interesse daran bekunden neben einigen Freikirchen auch die orthodoxen Kirchen und die Muslime.

Die seinerzeitige Anfrage unseres Verbandes hat sich sehr stark an die geltende Regelung für die jüdischen Gemeinden angelehnt und die Bildung eines Dachverbandes für die zu anerkennenden Freikirchen vorgeschlagen. Dieses Modell wäre auch für die orthodoxen Kirchen und den Islam praktikabel.

Mit einer Anerkennung würden die demokratischen Kräfte gestärkt. Dazu erhielte der Staat vermehrt ein Know-how im Umgang mit verschiedenen religiösen Gruppierungen. Dieses Anliegen liesse sich sicher auch in einer Referendumsabstimmung vertreten, umso mehr als die letzte Volksabstimmung 25 Jahre zurückliegt und noch vor der neuen Verfassung datiert.

Wir danken Ihnen nochmals, dass Sie uns Gelegenheit für eine Stellungnahme eingeräumt haben.

Freundliche Grüsse

VFG – Freikirchen Schweiz

Max Schläpfer
Präsident

Peter D. Deutsch

i.V. Claudia Haslebacher,
Vizepräsidentin